ANTRAG

der Fraktion der AfD

Unterrichtsniveau an Regionalschulen deutlich anheben – Ausbildungsreife von Schulabgängern stärken

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 - 1. die Schule ihrer Aufgabe, Schüler für den Beginn einer Berufsausbildung hinreichend zu qualifizieren, in viel zu geringem Maße nachkommt. Lehrmeister beklagen massive Defizite, die zu hohen Abbruchquoten in der beruflichen Ausbildung führen fatal für ein Land mit gravierendem Fachkräftemangel.
 - 2. elementare Kenntnisse, insbesondere im Lesen, Schreiben und Rechnen, vielfach nicht mehr ausreichend vorhanden sind. Jugendliche erweisen sich dadurch selbst grundlegenden Anforderungen des Berufsalltags oft als nicht gewachsen.
 - 3. erzieherisch in den Schulen zu wenig Wert auf Fleiß, Anstrengungsbereitschaft, Selbstüberwindung, Eigenmotivation und Durchhaltevermögen gelegt wird Tugenden, die für beruflichen Erfolg wie auch für gesellschaftliche Integration unerlässlich sind. Stattdessen führt gegenwärtige Schulerziehung zum fragwürdigen Selbstverständnis, permanent so gefördert zu werden, dass man sich Schwierigkeiten nicht mehr kraft eigener Haltung stellen muss.
 - 4. Abschlussprüfungen, insbesondere jene zur Mittleren Reife, allzu niedrigschwellig ausgerichtet sind und eher darauf abzielen, möglichst vielen Schülern rein nominell einen Schulabschluss zu ermöglichen, anstatt die Möglichkeit zu eröffnen, erworbene Befähigungen in einem qualifizierten Prüfungsverfahren nachzuweisen. Damit verfehlen sie ihr Ziel, eine realistische Einschätzung der tatsächlich anwendungsbereiten Kenntnisse und Befähigungen zu gewährleisten. Der Berufsreifeabschluss setzt zudem keine eigentlichen Prüfungen voraus. Damit wird das Scheitern eine wichtige biografische Erfahrung vermieden.
 - 5. Ausbildungsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern in über 80 Prozent der Fälle gravierende Defizite in der Ausbildungsreife ihrer Bewerber feststellen, insbesondere in Mathematik, im sprachlichen Ausdruck, in der Belastbarkeit sowie in der mentalen Leistungsfähigkeit.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. das Unterrichtsniveau in Grund- und Sekundarstufen sowie insbesondere an den Regionalschulen grundlegend anzuheben mit klarer inhaltlicher Orientierung auf substanzielle Grundlagenbildung, anwendungsbereite Kenntnisse und berufsrelevante Fähigkeiten.
- 2. Leistungsbewertungen und Abschlussprüfungen so auszugestalten, dass sie eine realistische Einschätzung berufspraxisrelevanter Kenntnisse und Kompetenzen ermöglichen, insbesondere im sprachlichen Bereich und im Mathematischen.
- 3. endlich verbindliche Mindestanforderungen im Lesen, Schreiben und Rechnen für das Erreichen der Abschlüsse festzulegen und deren Erfüllung kritisch zu kontrollieren.
- 4. profunder fachlicher Bildung durchweg den Vorzug gegenüber politischer Bildung einzuräumen und Unterricht wie Erziehung nicht zu ideologisieren.
- 5. die schulische Erziehungsarbeit konsequenter auf die Stärkung der Persönlichkeit der Jugendlichen auszurichten, insbesondere auf Fleiß, Eigenmotivation, Leistungsorientierung, Selbstüberwindung, Durchhaltevermögen und die Fähigkeit, Schwierigkeiten selbstständig bewältigen zu können.
- 6. dafür Sorge zu tragen, dass der Unterricht durchgängig auf hohem fachdidaktischem Niveau stabil von möglichst grundständig ausgebildeten und professionellen Fachlehrern abgesichert wird und dabei dem Präsenzunterricht prinzipiell Priorität gegenüber digitalen Unterrichtsvarianten zukommt.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Ausbildungsumfragen der Industrie- und Handelskammern zeichnen ein alarmierendes Bild. Rund die Hälfte der Betriebe kann ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen, weil es häufig an geeigneten Bewerbungen fehlt. Gleichzeitig beklagen Unternehmen massive Defizite in den schulischen Grundlagen und in der Persönlichkeitsentwicklung der Schulabgänger.

Das aktuelle Leistungsniveau an Regionalschulen ist zu niedrig, die Prüfungen sind nicht anspruchsvoll genug, um eine verlässliche Aussage über die tatsächliche Ausbildungsreife zu ermöglichen. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels im Land ist es jedoch unabdingbar, dass Jugendliche solide Grundkenntnisse erwerben und zugleich eine belastbare Persönlichkeit entwickeln.

Nur eine entschiedene Neuorientierung der Bildungspolitik – hin zu substanzieller Wissensvermittlung, konsequenter Leistungsbewertung und Stärkung der persönlichen Tugenden – kann die Ausbildungsreife verbessern, die Zahl der Ausbildungsabbrüche senken und damit die Fachkräftesicherung in Mecklenburg-Vorpommern gewährleisten.

Insbesondere die seit 2019 praktizierten schriftlichen Abschlussprüfungen zur Mittleren Reife im Fach Deutsch müssen als fragwürdig gelten, da das eingeführte Multiple-Choice-Verfahren zulasten des Formulierens komplexerer geschlossener Texte geht und sogar bilderrätselartige Aufgabenstellungen genutzt werden, die kaum als altersgerecht angesehen werden können. Ebenso fragwürdig erscheint ein Bewertungsverfahren, mit dem richtiges orthografisches, grammatisches sowie stilistisch angemessenes Schreiben kaum kritisch einzuschätzen ist, da es im Bewertungsrang unterpräsentiert ist.